

Änderungsantrag

der Fraktion der SPD

zur Sammelübersicht 7 des Petitionsausschusses (2. Ausschuß) **über Anträge zu Petitionen** **— Drucksache 12/173 —**

Der Bundestag wolle beschließen,

die Petition 2-10-14-272-11239 der Bundesregierung zur Berücksichtigung zu überweisen.

Bonn, den 20. März 1991

Dr. Hans-Jochen Vogel und Fraktion

Begründung

In mehreren Petitionen wenden sich die Bürger gegen die geplante Reaktivierung des US-Flugplatzes Wiesbaden-Erbenheim. Sie befürchten unzumutbare Lärmbelästigung der Anwohner, Wertminderung ihrer Grundstücke und Störung des zivilen Flugverkehrs des Frankfurter Flughafens. Nach Auskunft des Bundesministers der Verteidigung sollen bis 1993 schrittweise 156 Hubschrauber und 25 Starrflügler stationiert werden. Heute sind 32 Hubschrauber und 23 Starrflügler bereits dort untergebracht.

In ihrem Antrag – Drucksache 11/2868 – hat die Fraktion der SPD bereits die Bundesregierung gebeten zu beschließen, daß das Vorhaben der US-Streitkräfte abgelehnt wird u. a. auch mit dem Hinweis auf Umweltschädigungen durch hohe Luftbelastung durch Abgase, durch Beeinträchtigung der für die Bevölkerung lebensnotwendigen Naherholungsgebiete, durch Beeinträchtigung anerkannter Vogelreservate sowie schutzwürdiger Biotope und durch Erhöhung des Flugunfallrisikos.

Die Fraktion der SPD wünscht die Überweisung der Petition an die Bundesregierung zur Berücksichtigung, um sie damit zu ernsthaften Bemühungen zu veranlassen, die Anzahl der stationierten Hubschrauber zu reduzieren.

